

Ist eine andere EU möglich?

Joachim Becker

Oft ist die Rede von einem anderen Europa. Doch diese Frage ist unpräzise gestellt. Denn eigentlich geht es bei der Debatte um die Möglichkeiten einer anderen EU. Linke Diskussionen zu alternativen politökonomischen Szenarien der EU sind von zwei unterschiedlichen Strategien für deren Durchsetzung geprägt. Eine eurokeynesianische Strategie setzt auf eine Verbindung von institutionellen Veränderungen der EU und einer koordinierten keynesianischen Politik mit verstärkter regionalpolitischer Akzentsetzung. Andere halten hingegen eine progressive Transformation der EU für „Wunschdenken“ (Kouvelakis 2012: XIX) und plädieren für eine Akzentsetzung auf nationalstaatlichen Transformationsstrategien und bezogen auf die Peripherieländer für eine progressive Austrittsstrategie. Der Kern der Kontroverse ist die politische Frage: Hat eine eurokeynesianische Strategie überhaupt eine realistische politische Grundlage?

Das reale Muster der Anti-Krisen-Politik in der EU geht nicht in Richtung einer euro-keynesianischen Strategie, sondern einer ordo-liberalen Vertiefung der EU. Einer euro-keynesianischen Politik, die eine föderale Vertiefung der EU, eine Modifizierung der Währungsunion und deren Ergänzung um eine substanzielle EU-Fiskalpolitik und eine Verstärkung des regionalen Ausgleichs innerhalb der EU beinhalten würde (vgl. z.B. EuroMemo Gruppe 2013, EuroMemo Gruppe 2014, Aglietta 2012, Álvarez Peralta et al. 2013: Kap. 8), steht der bestehende Acquis Communautaire entgegen. Eine veränderte strategische Ausrichtung würde sowohl tiefgreifende institutionelle Veränderungen der EU als auch eine grundlegende Revision von Kernbestandteilen des Acquis Communautaire erfordern.

Im dominanten Block der EU sind derzeit keine Kräfte erkennbar, die eine derartige Neuausrichtung betreiben würden (vgl. van Apeldoorn 2013: 196 ff., Seco 2013: 186). Gegen Druck von unten sind die EU-Institutionen bzw. die in einander greifende Mehrebenen-Form der EU-Politikformulierung wirksam abgeschirmt. „Ein tiefes Misstrauen gegenüber der Volkssouveränität“ stand, so Müller (2012: 40), bereits Pate beim ursprünglichen institutionellen Design der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft als Vorläuferin der EU. Entsprechend wurde exekutiven Strukturen im Institutionengefüge eine zentrale Rolle eingeräumt. Zentrale Befugnisse erhielten Institutionen, die, wie die Europäische Kommission, nicht gewählt waren und nur einer bestenfalls schwachen parlamentarischen Kontrolle unterliegen. Die Exekutivlastigkeit begünstigt große Kapitalgruppen, die auf EU-Ebene organisationsfähig sind und einen privilegierten Zugang zur Exekutive und deren Fachbürokratie haben. Für Gewerkschaften und soziale Bewegungen hingegen ist eine solche institutionelle Struktur ungünstig. Sie tun sich zudem mit der Artikulation ihrer Interessen auf EU-Ebene schwer. Damit haben die EU-Institutionen eine „strategische Selektivität“ (Jessop 2002: 40), welche große, supranationale Kapitalgruppen und deren Verbände begünstigt.

Ab den späten 1980er Jahren wurde die EU daher zu einer favorisierten Arena der Blockierung keynesianischer Politikmuster und der Forcierung eines neoliberalen Integrationsprojektes. Eine Schlüsselkomponente hierbei war die Geld- und Währungspolitik.

Bereits das Ende der 1970er Jahre geschaffene Europäische Währungssystem (EWS) beschränkte die fiskal- und geldpolitischen Optionen und machte die Lohnpolitik zu einer zentralen Anpassungsvariablen. Das EWS brachte den letzten ernsthaften Versuch einer nationalstaatlichen linkskeynesianischen Wirtschaftspolitik – jenen der französischen Linksregierung – Anfang der 1980er Jahre zum Scheitern. Angesichts steigender Leistungsbilanzdefizite stellte sich für die französische Linksregierung die Alternative, aus dem EWS auszuschneiden und stark abzuwerten oder die expansive Politik aufzugeben. Sie entschied sich letztlich für die zweite Option (Steinhilber 2000: 15 f.).

Das stark auf Betreiben des European Roundtable of Industrialists (ERT) lancierte Binnenmarktprojekt (van Apeldoorn 2002: 123 ff.) setzte über die Institutionalisierung der Kapitalverkehrsfreiheit die nationalen Regulierungen weiter unter Druck. Auch die Tendenz, statt gemeinsamer Standards zunehmend zur wechselseitigen Anerkennung nationaler Standards überzugehen, erweiterte die Möglichkeiten des Kapitals, sich über Standortentscheidungen die passende Regulierung auszusuchen.

Komplementiert wurde das Binnenmarktprojekt durch die Währungsunion. Damit verloren die Peripherieländer den letzten potenziellen Schutzmechanismus für die einheimische Produktion: die Abwertung. Die Löhne wurden zum zentralen Anpassungsmechanismus. Am stärksten wurde die Lohnpolitik als Form der Wettbewerbspolitik in der Vorkrisenzeit von der deutschen Bundesregierung genutzt, die systematisch die Schaffung eines Niedriglohnsektors und der Lohndeflation betrieb (Lehndorff 2012: 91 ff.). Dadurch verschärfte sie die Probleme der Peripherieländer. Die für die Kohäsion der Währungsunion zentrale Frage der Leistungsbilanzüberschüsse/-defizite spielte bei der Fixierung der Beitrittskriterien und der Debatte über die Funktionsweise der Währungsunion keine Rolle. Als Beitrittskriterien und später Funktionskriterien wurden stattdessen Elemente einer regelgebundenen Wirtschaftspolitik mit starker Akzentsetzung bei der Fiskalpolitik (Defizit und Schuldenstand) geschaffen. Diese hohöhlten die parlamentarischen Befugnisse auf dem Gebiet der Budgetpolitik stark aus und wirkten als Beschränkung für die Sozialstaatlichkeit. Seco (2013: 180) konstatiert daher, dass die Verbindung von Kapitalverkehrsfreiheit und Währungsunion „eine tödliche Waffe für den Sozialstaat und die Arbeitnehmerrechte“ darstellen sollte.

Voll sollte diese Waffe erst im Verlauf der gegenwärtigen Krise zum Einsatz kommen. In der Vorkrisenzeit zementierte die Währungsunion divergierende Entwicklungsmuster in der EU. Auf der einen Seite weiteten Länder des Kerns der Euro-Zone um Deutschland ihre Leistungsbilanzüberschüsse stark aus und finanzierten den Export in die Peripherie über die Kredite. Auf der anderen Seite spezialisierten sich die Peripherieländer in Südeuropa (außerhalb der Euro-Zone die Länder des Baltikums und Südosteuropas) auf geschützte Sektoren wie Immobilien, Bauwirtschaft und Tourismus. Ihr Wachstumsmodell wurde durch ausländische Kapitalzuflüsse getragen. Mit dem Ausbleiben von Kapitalimporten wurde das Modell der abhängigen Finanzialisierung in seinem Kern getroffen. Die Krisenlasten wurden einseitig den Peripherieländern aufgebürdet. Als Kernanpassungsvariablen machten IWF und Europäische Kommission – im Verein mit den lokalen Rechtsparteien – die Löhne und Sozialleistungen aus. Systematisch sind in Südeuropa ArbeitnehmerInnenrechte – speziell im Bereich der Kollektivverträge – beschnitten worden (Lehndorff 2013: 186). Euphemistisch wird dies als „innere Abwertung“ bezeichnet. Über die Minderung der Binnennachfrage werden die Leistungsbilanzdefizite gesenkt, ohne etwas an den produktiven Strukturen zu verändern. Damit werden die Krisenkosten speziell auf die Lohnabhängigen, PensionistInnen und Arbeitslosen abgewälzt. Durch den

Abbau der Sozialstaatlichkeit und die Verschiebung der Sorge- und Pflegearbeit in die Familien werden zudem die Frauen sehr stark belastet. Obgleich die Muster der Austeritätspolitik über die Ausweitung regelgebundener Wirtschaftspolitik sukzessive auf die gesamte EU ausgeweitet werden, sind die Folgen von Krise und Krisenpolitik in der EU sehr ungleich. Entsprechend ungleich ist auch die Stärke der Mobilisierung gegen die Austeritätspolitik und sie variiert regional auch signifikant in ihren TrägerInnen (vgl. Becker 2012 und den einleitenden Beitrag für dieses Heft).

Selbst ein Parteigänger einer euro-keynesischen Lösung wie Heikki Pätömäki (2013: 123) gesteht ein, dass Bewegungen, die zur Durchsetzung einer solchen Option notwendig wären, „in Europa praktisch nicht existent sind.“ Er hofft darauf, dass eine vertiefte Legitimationskrise letztlich zu einem Umdenken unter den dominanten Kräften und zur Formulierung eines neuen sozialen Kompromisses führen könnte (ibid.: 124). Ein ähnliches Argumentationsmuster lässt sich bei der einflussreichen deutschen EU-Expertin Ulrike Guérot (2013: 165) finden. Solche Erwartungen sind weniger das Resultat nüchterner Abwägungen und realer politischer Tendenzen als Ausdruck von Wunschdenken. Etwas gradueller und konkreter denkt Husson (2014: 54) einen integrationspolitischen Kurswechsel. Er setzt darauf, dass ein gegengesetztes Projekt in der Peripherie der Euro-Zone, beispielsweise ein Syriza-regiertes Griechenland, zum Ausgangspunkt einer Kursänderung werden könnte. Weit wahrscheinlicher als die Tolerierung einer deutlich nach links abweichenden Politik in der Euro-Zone schiene in einem solchen Fall allerdings, dass die Kernländer den abweichenden Staat aus der Euro-Zone drängen würden.

Jenseits der Frage der Realisierbarkeit einer euro-keynesianischen, föderalisierten Politik wird von Teilen progressiver Kräfte, vereinzelt sogar mit sozialdemokratischen Hintergrund, in Frage gestellt, ob innerhalb der Währungsunion überhaupt ein Ausweg aus dem Peripherisierungsdruck möglich ist. Diese Frage wird beispielsweise von João Ferreira do Amaral (2013: 116), einem prominenten progressiven Ökonomen und früheren Präsidentenberater aus Portugal, verneint. Selbst unter Bedingungen einer föderalisierten EU-Politik würde er eine weitere Tendenz der Peripherisierung erwarten.

Von einigen Strömungen der Linken wie auch einigen linken ÖkonomInnen wird daher für einen Austritt aus der Euro-Zone als Teil einer linken Strategie plädiert. Lapavitsas et al. (2012: 69) stellen einen Austritt aus der Euro-Zone in Zusammenhang mit einem gleichzeitigen schuldnere-initiierten Schuldenmoratorium, einer starken Ausweitung des öffentlichen Bankensektors, der Einführung von Kapitalverkehrskontrollen und der Entwicklung einer Industriepolitik, die dann durch den Schutz einer abgewerteten Währung flankiert wäre. Weniger radikal fallen die Austrittsszenarien von Amaral (2013: 117 ff.) oder auch Antoni Soy (2013: 142 f., 150 ff.), einem früheren Sekretär für Industrie der katalanischen Generalitat. Diese beiden stellen stärker und einseitiger als Lapavitsas et al. auf den Austritt aus der Euro-Zone als Element einer Strategie der produktiven Restrukturierung ab. Beide wollen aber grundsätzlich an der Mitgliedschaft in der EU festhalten. Zu unterstreichen ist, dass Austritte aus der Euro-Zone auch als Teil neo-liberaler Strategien ins Auge gefasst werden. So argumentiert beispielsweise Heisbourg (2013: 166 ff.) für eine Auflösung der Euro-Zone als Initialzündung für eine Schocktherapie. So kommt es zentral darauf an, in welche Art von Strategie ein Euro-Austritt eingebettet werden soll.

Angesichts der ungleichen Entwicklung in der EU scheint ein Austritt von Peripherieländern aus der Euro-Zone wahrscheinlicher als deren kollektive Transformation. Längerfristig wären die belebenden Wirkungen einer defensiven Abwertung in einem Teil der südeuropäischen Länder wegen der starken Ausdünnung wohl schwächer als bei ver-

gleichbaren Strategien von Ländern des lateinamerikanischen Cono Sur im letzten Jahrzehnt. Auch wäre sie kurzfristig mit einer Verschlechterung der Wirtschaftslage verbunden und starkem inneren und äußeren Druck ausgesetzt (vgl. Musacchio 2012). Potenziell leichter durchsetzbar wären solche Strategien, wenn sie kollektiv durch Peripherieländer erfolgten. Danach sieht es aber derzeit nicht aus (Seco 2013: 186). Auch dies ist die Folge unterschiedlicher ökonomischer und politischer Konjunkturen.

Die potenziellen politischen Bruchpunkte sind eher in der EU-Peripherie zu finden. Hier ist die Hegemonie der dominanten Kräfte am stärksten ausgedünnt, gleichzeitig sind aufgrund der ökonomischen Strukturschwächen die entwicklungsstrategischen Alternativstrategien schwer umsetzbar. In den Zentrumsländern ist die Konstellation umgekehrt: Potenziell bestehen größere entwicklungsstrategische Spielräume, aber die dominante neo-merkantilistische Strategie erfreut sich eines noch relativ starken Konsenses. Sie gilt es ebenso wie die flankierende Austeritätspolitik in Frage zu stellen. Auch für die Zentrumswirtschaften gilt, dass die nationalstaatliche Ebene eher Ansatzpunkte zur Einflussnahme durch progressive (und ökologische) Kräfte als beispielsweise die Europäische Kommission bietet. Potenziell ist eine Intervention auf EU-Ebene auch über den Hebel des Nationalstaates denkbar. Ein vorrangiges Anliegen müsste es sein, regelgebundene Wirtschaftspolitik – für Länder des Zentrums und der Peripherie – zugunsten der Wiedergewinnung nationalstaatlicher Spielräume in der Budget-, Sozialpolitik etc. zurückzudrängen und das Dogma der Kapitalverkehrsfreiheit und der Privilegierung des Privatsektors aufzubrechen. Für Peripherieländer sollte eine Schuldenreduktion so stark wie möglich auf die Tagesordnung gebracht werden. Die Stärkung nationalstaatlicher Spielräume würde nach einer solchen linken Strategie einer anderen Logik gehorchen als nach dem neo-liberalen Programm, wie es beispielsweise von der britischen Regierung verfochten wird.

In der Frage der progressiven Veränderbarkeit der EU und dem territorialen Ansatzpunkt für eine alternative Politik gibt es auf der Linken gravierende Unterschiede. In den unmittelbar vorrangigen Anliegen – Zurückweisung der Austeritätspolitik, Ablehnung einer neo-liberalen Vertiefung der EU und der Freihandelspolitik, Ausweitung des öffentlichen Sektors, einer egalitäreren Wirtschafts- und Sozialpolitik und Schritten hin auf eine stärker binnenorientierte, sozial und räumlich ausgeglichene Entwicklungsstrategie mit klaren ökologischen Akzentsetzungen – gibt es hingegen so etwas wie einen Minimalkonsens, der auch gemeinsame politische Initiativen möglich macht.

Literatur

- Aglietta, Michel (2012) *Zone euro. Éclatement ou fédération*. Paris.
- Álvarez Peralta, Ignacio/Luengo Escalonilla, Fernando/Luxó González, Jorge (2013) *Fracturas y crisis en Europa*. Buenos Aires/Madrid.
- Amaral, João Ferreira do (2013): *Porque devemos sair do euro. O divórcio necessário para tirar Portugal da crise*. Lissabon.
- Becker, Joachim (2012) Blindstellen: ungleiche Entwicklung und ungleiche Mobilisierung in der EU. In: *Prokla*, 42(3), 467-476
- EuroMemo Gruppe (2013) EuroMemo 2013. Die Krise in der Europäischen Union verschärft sich: ein grundlegender wirtschaftspolitischer Wandel ist erforderlich. Supplement der Zeitschrift *Sozialismus*, 3/2013.
- EuroMemo Gruppe (2014) EuroMemo 2014. Europa spaltet sich. Die Notwendigkeit für radikale Alternativen zur gegenwärtigen EU-Politik. Supplement der Zeitschrift „Sozialismus“, 3/2014.

- Guérot, Ulrike (2013) Kiedy system dochodzi do ściany, potrzebujemy idei. In: Krytyka polityczna, Nr. 34 (Sondernummer "Co dalej z niemiecką Europą?"), 160-166.
- Heisbourg, François (2013) La fin du rêve européen. Paris.
- Husson, Michel (2014) The political economy of the "Euro-system". In: Dymarski, Włodzimierz/Frangakis, Marica/Leaman, Jeremy (Hg.): Crisis of the European Union: The Case for Radical Change. Analyses and Proposals from the EuroMemo Group. Poznań, 33-57.
- Jessop, Bob (2002) The Future of the Capitalist State. Cambridge.
- Kouvelakis, Stathis (2012) Introduction: The End of Europeanism. In: Lapavistas, Costas et al.: Crisis in the Euro Zone. London/New York, xiv-xxi.
- Lapavistas, Costas et al. (2012) Crisis in the Euro Zone. London/New York.
- Lehndorff, Steffen (2012) Vom kranken Mann zur schwäbischen Hausfrau. Die neue Karriere des „Modells Deutschland“. In: Lehndorff, Steffen (Hg.): Ein Triumph gescheiterter Ideen. Warum Europa so tief in der Krise steckt. Zehn Länder-Fallstudien. Hamburg, 88-119.
- Lehndorff, Steffen (2013) Verschiedene Welten? Gewerkschaften in der europäischen Krise. In: Das Argument, 55(1/2), 181-199.
- Müller, Jan-Werner (2012) Beyond Militant Democracy. In: New Left Review, Nr. 72, 39-47.
- Musacchio, Andrés (2012) Umstrukturierung der Verschuldung und Wachstumsbedingungen: Griechenland und Argentinien im Vergleich. In: Prokla, 42(3), 433-453.
- Patomäki, Heikki (2013) The Great Eurozone Disaster. From Crisis to Global New Deal. London/New York.
- Seco, Juan Francisco Martín (2013) Contra el euro. Historia de una ratonera. Barcelona.
- Soy, Antoni (2013) Sortir de leuro per sortir de la crisi? Barcelona.
- Steinhilber, Jochen (2000) Die „Grande Nation“ und das „Haus Europa“. Frankreichs widersprüchlicher Entwicklungsweg. Hamburg.
- van Apeldoorn, Bastiaan (2002) Transnational Capitalism and the Struggle over European Integration. London/New York.
- van Apeldoorn, Bastiaan (2013) The European capitalist class and the crisis of its hegemonic project. In: Panitch, Leo/Albo, Greg/Chibber, Vivek (Hg.): Registering Class. Socialist Register 2014. London, 189-206.